

des Mitglied der ressortübergreifenden "Führungsgruppe für Finanzen und Wirtschaft" unter dem KP-Politbüro kann er auch weiterhin unmittelbaren Einfluß geltend machen.

Der neue Zentralbankgouverneur, der fünfzigjährige Dai Xianglong, ist ein langjähriger Vertrauter Zhu Rongjis und ein ausgewiesener Fachmann für das Bankenwesen und die Geldpolitik. Zeit seines Lebens hat Dai im chinesischen Bankensektor nicht nur in Beijing, sondern auch in mehreren anderen Regionen gearbeitet. Zhu Rongji berief Dai Xianglong 1993 zum stellvertretenden Gouverneur der Zentralbank.

Dai Xianglong war an der Ausarbeitung und Durchsetzung der jüngsten Finanz- und Bankenreformen führend beteiligt. Somit wird Dai für Kontinuität in der Geldpolitik und bei der Bankenreform einstehen. In einem Interview hat Dai bekundet, daß er der Förderung des Geschäftsbankenwesens und funktionierender Kapitalmärkte besondere Beachtung schenken werde.

Dai verfügt nicht nur über langjährige Arbeitserfahrung im Bankensystem, sondern offenbar auch über die im chinesischen Machtapparat unverzichtbaren, weitgespannten persönlichen Kontakte. Hierbei wird ihm auch von Nutzen sein, daß er als Kandidat des KP-Zentralkomitees über eine hervorgehobene Position in der Parteiorganisation verfügt.

Da Dai Xianglong - anders als Zhu Rongji - kein zusätzliches Regierungsamt bekleidet, läßt sich das neue Führungsarrangement an der Spitze der Zentralbank auch als Zeichen dafür deuten, daß die "Unabhängigkeit der Zentralbank", wie sie im neuen Gesetz vorgesehen ist, reale Bedeutung entfalten könnte. -hei-

---

## Kultur und Gesellschaft

---

\*(13)

### Wissenschaftskonferenz der Pazifikanrainer: Umwelt, Klimaveränderungen, Ressourcen, Bevölkerung

Vom 5.-11.Juni 1995 fand in Beijing der 18. Pazifische Wissenschaftskongreß statt. Ein solcher Kongreß wird alle vier Jahre abgehalten. Die Pazifi-

sche Wissenschaftsgesellschaft, eine Nichtregierungsorganisation, wurde vor 75 Jahren in den USA gegründet mit dem Ziel, die wissenschaftliche Kooperation unter den Pazifikanrainern zu fördern. An dem Kongreß nahmen über 1000 Vertreter aus mehr als 50 Ländern und Regionen teil. Schwerpunkte des diesjährigen Kongresses waren die Themen Umwelt, Ressourcen und Bevölkerung (RMRB, 6.6.95; XNA, 2. u. 6.6.95). Neben namhaften chinesischen Wissenschaftlern sprachen auch einige Politiker auf der Konferenz, z.B. zur Eröffnung der stellvertretende Ministerpräsident Li Lanqing, die stellvertretende Vorsitzende der Staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technik Deng Nan und die Vorsitzende der Staatlichen Kommission für Familienplanung Peng Peiyun. Letztere nutzte die Gelegenheit, Chinas Familienplanungspolitik zu erläutern; Chinas Ziel dabei sei die Förderung einer koordinierten Entwicklung von Bevölkerung, Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt, um den Lebensstandard der Bevölkerung zu verbessern. Auch Deng Nan ging in ihrem Vortrag von der kritischen Bevölkerungssituation in China aus; das hohe Bevölkerungswachstum, die begrenzten natürlichen Ressourcen und Umweltprobleme behinderten ernsthaft die Entwicklung des Landes und die Anhebung des Lebensstandards. China habe weder genügend Toleranzbreite bei seiner Umwelt, wie sie die entwickelten Länder im Laufe ihrer Industrialisierung besessen hätten, noch die finanziellen Mittel und die Technologie, die jetzt den entwickelten Ländern zur Verfügung stünden. Deshalb müsse China einen Entwicklungsweg einschlagen, der seinen nationalen Bedingungen entspräche, d.h. China müsse seinen eigenen Weg zur Erlangung einer nachhaltigen, schnellen und gesunden Entwicklung finden. (Xinhua Inlanddienst, Beijing, 11.6.95, nach SWB, 21.6.95) Es hat den Anschein, daß beiden Politikerinnen in erster Linie daran gelegen war, Chinas strikte und international häufig kritisierte Familienplanungspolitik zu rechtfertigen.

Demgegenüber ließen die Referate anderer chinesischer Teilnehmer weniger Propaganda, dafür aber den Trend erkennen, daß sich in China zumindest die Wissenschaft zunehmend mit ökologischen Problemen befaßt. Besondere Aufmerksamkeit widmeten chinesische Wissenschaftler z.B. den Auswirkungen der Klimaveränderungen auf die chinesische Landwirtschaft. Nach ihrer Auffassung beeinträchtigt die allmähliche

Erwärmung der Erde die chinesische Landwirtschaft in dem Sinne, daß China über kurz oder lang bezüglich seiner Getreideproduktion nicht mehr autark sein wird. Lin Erda beispielsweise, Direktor des Agrometeorologischen Instituts der Chinesischen Akademie der Agrarwissenschaften, begründete die Zunahme von Dürrekatastrophen, Taifunen und Niederschlägen in verschiedenen Landesteilen mit der Erwärmung der Erde. China müsse Gegenmaßnahmen ergreifen und mehr in die Landwirtschaft investieren. Mit Ausnahme einiger Regionen in Nordostchina und am Mittel- und Unterlauf des Yangzi sei in Ostchina ein starker Rückgang der Niederschläge zu verzeichnen. Wenn dieser Klimatrend anhalte, sei ein großer Teil der chinesischen Landwirtschaft im nächsten Jahrhundert mit kürzeren Anbauperioden und zunehmendem Wassermangel konfrontiert; hier helfe nur eine Ausweitung der künstlichen Bewässerung. Diese wiederum erfordere immense Investitionen in den Wasserbau.

Selbstkritisch gab Lin Erda in einem Interview mit Xinhua zu, daß China sich bei seinen Strategien für die landwirtschaftliche Produktion bisher hauptsächlich von dem Druck der wachsenden Bevölkerung habe leiten lassen und weniger von dem möglichen Druck, der durch die Umwelt entsteht, wie z.B. durch die Erderwärmung. Zugleich forderte er die entwickelten Länder, denen er die Hauptschuld an der Erwärmung der Erde gab, auf, den Entwicklungsländern wirtschaftliche Hilfe zuteil werden zu lassen, damit diese die Folgen der Klimaveränderungen bewältigen könnten.

Als weitere Folge der Erderwärmung neben Dürren, Zunahme von Taifunen und Winderosion wurde auf der Konferenz auf das Ansteigen des Meeresspiegels hingewiesen. Dieses stelle eine Bedrohung für die Land- und Fischwirtschaft in den Küstenregionen dar. Einem Bericht der Weltbank und chinesischer Behörden vom März dieses Jahres zufolge würden bis zum Jahr 2050 in Ostchina 34 Städte und Kreise und im Perlfußdelta in Südchina 14 Städte aufgrund des steigenden Meeresspiegels überschwemmt werden, wenn keine Schutzmaßnahmen ergriffen würden. (XNA, 12.6.95, nach SWB, 13.6.95)

-st-

\*(14)

**Umweltbewußtsein und Umwelterziehung**

Chinas Modernisierung ist in weiten Bereichen mit hohen ökologischen Kosten erkauft. Zwar gibt es auf allen Regierungsebenen Umweltschutzämter, und auch entsprechende Gesetze und Vorschriften wurden erlassen, doch ist deren Umsetzung längst nicht überall gewährleistet. Dies liegt in erster Linie an dem mangelnden Umweltbewußtsein in der Bevölkerung. Ein solches soll jetzt verstärkt durch Umwelterziehung gefördert werden. Entsprechende programmatische Erklärungen gab der stellvertretende Ministerpräsident Li Lanqing auf einer Veranstaltung in Beijing anlässlich des Weltumwelttages am 5.6. ab. Die Veranstaltung war gemeinsam vom Staatlichen Umweltamt und der Staatlichen Bildungskommission organisiert worden und diente u.a. dazu, Einheiten und Personen auszuzeichnen, die sich bei der Umwelterziehung Verdienste erworben haben. In seiner Rede bejahte Li Lanqing wissenschaftlich-technischen Fortschritt als Triebkraft für die gesellschaftliche Entwicklung, doch zugleich rief er dazu auf, das Umweltbewußtsein der gesamten Nation ständig zu erhöhen, die Ressourcen vernünftig zu erschließen und zu nutzen, die ökologische Umwelt zu bewahren und eine nachhaltige, koordinierte Entwicklung von Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt durchzuführen.

Die Stärkung des Umweltbewußtseins der gesamten Nation müsse nach Li mit der Umwelterziehung der Parteiführungen und Regierungen aller Ebenen, der Umweltkader und der Beschäftigten in den Betrieben beginnen; der Grad des Umweltbewußtseins der Politiker in Entscheidungspositionen habe direkten Einfluß auf eine koordinierte Entwicklung von Umwelt und Wirtschaft. Gleichzeitig sei mit großem Nachdruck die elementare Umwelterziehung in den Schulen und Kindergärten zu fördern, daneben auch die fachliche Ausbildung in Umweltfragen mit dem Ziel, eine größere Zahl qualifizierter Umweltexperten heranzubilden. Die Umwelterziehung habe künftig zwei Aufgaben in Angriff zu nehmen: 1. In der ganzen Gesellschaft Kenntnisse über Umweltschutz verbreiten, der großen Masse der Kader, Angestellten, Arbeiter, Jugendlichen und Kinder neue Theorien und Auffassungen über nachhaltige Entwicklung, Erzeugnisse mit Umweltkennzeichnung, saubere Produktion,

ökologische Landwirtschaft u.ä. vermitteln und neue Auffassungen von der Entwicklung der Umwelt, neue Wert- und Moralvorstellungen aufstellen. 2. In großem Maße Fachkräfte heranziehen, die Fachausbildung auf dem Gebiet Umwelt vorantreiben, das Fach Umweltwissenschaft, das es derzeit an 126 Hochschulen gibt, konsolidieren, die Umwelterziehung bei den im Amt befindlichen Kadern verstärken sowie Qualität und fachliches Niveau der im Bereich Umwelt Beschäftigten steigern. (RMRB, 6.6.95)

Seit Jahren bemüht sich die chinesische Führung um die Intensivierung der Umwelterziehung; sie ist auch in Chinas Agenda für das 21. Jahrhundert aufgeführt, dem im März 1994 vom Staatsrat angenommenen Weißbuch über Chinas Bevölkerung, Umwelt und Entwicklung (veröffentlicht in RMRB, 19.9.94). Dort wird gefordert, den Sinn für anhaltende Entwicklung auf allen Schulstufen anzuerziehen. Die Staatliche Bildungskommission hat daraufhin ein entsprechendes Programm für Umwelterziehung entwickelt. Außerdem haben alle 30 Umweltämter auf Provinzebene Informationszentren für Umweltschutz eingerichtet, die 200.000 Menschen ausgebildet haben, und gut 20 Provinzen haben Koordinierungsausschüsse für Umwelterziehung gegründet. (XNA, 20.6.95)

Förderlich für die Entstehung eines Umweltbewußtseins sind auch ad hoc organisierte Kampagnen, wie z.B. die jüngst eingeleitete Kampagne gegen Umweltverschmutzung an den Bahnstrecken. 210.000 junge Freiwillige zogen von mehr als 500 Bahnhöfen an den großen Eisenbahnlinien los, um den "weißen" Plastikmüll entlang der Strecken zu beseitigen (XNA, 7.6.95). Der überall verbreitete Gebrauch von Eßboxen aus weißem Plastik oder Styropor, die sich nicht auflösen, hat in den vergangenen Jahren im ganzen Land zu einer "weißen Umweltverschmutzung" geführt, insbesondere entlang der Eisenbahnstrecken, denn etwa die Hälfte der über eine Million solcher Behälter, die jährlich in China produziert werden, werden in der Eisenbahn verwendet. Deshalb hat das Eisenbahnministerium kürzlich beschlossen, die Kunststoffboxen durch Behälter aus umweltfreundlichen Materialien zu ersetzen. (XNA, 20.6.95) Viele Provinzen und Städte veranstalten unter dem Motto "Für eine bessere Umwelt" Kampagnen, an denen sich breite Kreise der Bevölkerung beteiligen. Nicht zuletzt wird das Thema

Umwelt auch zunehmend und ausführlich in den Medien behandelt. (XNA, 14.6.95) Die Entwicklung eines Umweltbewußtseins in der chinesischen Bevölkerung wird allerdings noch über Jahre hinaus kontinuierliche Anstrengungen erfordern. -st-

\*(15)

**Zunehmende Zahl von Privatschulen**

Seit Beginn der neunziger Jahre werden in China im Rahmen der Bildungsreform Privatschulen aller Schulstufen befürwortet, um die Staatsfinanzen zu entlasten. Diese Politik hat in den letzten Jahren zur Gründung zahlloser nichtstaatlicher Schulen geführt. Gab es Mitte 1993 etwa 20.000 solcher Schulen (XNA, 5.8.93), so waren es ein Jahr später bereits doppelt so viele (XNA, 18.6.94), und Ende 1994 war ihre Zahl nach Angaben der Staatlichen Bildungskommission auf 60.000 hochgeschwollen (XNA, 20.12.94). Diese Schulen werden entweder von nichtstaatlichen Organisationen oder Einzelpersonen betrieben. Sie unterstehen staatlicher Aufsicht und müssen vom Staat genehmigt werden. Bei dem größten Teil von ihnen - gut 30.000 - handelt es sich um Schulen, die berufsbildende und andere Kurse auf Kurzzeitbasis anbieten. Die zweitgrößte Kategorie sind private bzw. nichtstaatliche Kindergärten, deren Zahl sich derzeit landesweit auf 17.000 beläuft. Ferner werden etwa 4.000 Grundschulen, 800 Mittelschulen, 1.000 Hochschulen und 200 Berufsschulen genannt (vgl. XNA, 20.12.94 u. 8.6.95).

Bislang fehlt ein Gesetz, das das Betreiben nichtstaatlicher Schulen regelt; es gibt nur örtliche Vorschriften, die aber häufig nicht verhindern können, daß sich zwei ungute Tendenzen entwickeln: Auf der einen Seite werden vielfach Schulen gegründet, die von ihrer Ausstattung und den Lehrern her nicht den Ansprüchen genügen; auf der anderen Seite werden Schulen eröffnet, die zwar einen hohen Standard haben, dabei aber unverhältnismäßig luxuriös ausgestattet sind und entsprechend überhöhtes Schulgeld erheben. In der Öffentlichkeit sind diese Schulen als "Aristokraten-schulen" verpönt, weil sie ausschließlich Kindern sehr wohlhabender Eltern zur Verfügung stehen (vgl. dazu C.a., 1993/12, Ü 18).

Von den derzeit bestehenden 1.080 regulären Universitäten und Hochschulen hat inzwischen ein Fünftel den Über-

gang zu einer Mischfinanzierung vollzogen. Diese gut 200 tertiären Bildungseinrichtungen werden nicht mehr ausschließlich vom Staat, sondern von großen Unternehmen und gesellschaftlichen Gruppen mitfinanziert. An diesen Institutionen müssen die Studenten Studiengeld zahlen, das je nach Universität variiert, in der Regel jedoch an die Einkommensverhältnisse normalverdienender Familien angepaßt ist. (XNA, 8.6.95) -st-

**\*(16)  
Beschleunigte Einführung der neun-jährigen Schulpflicht**

Die Regierung unternimmt verstärkte Anstrengungen zur Einführung der allgemeinen neunjährigen Schulpflicht in ganz China, die laut Planziel bis zum Jahre 2000 im wesentlichen erreicht werden soll. Um dieses Ziel zu verwirklichen, veranstaltete die Staatliche Bildungskommission im Juni eine Tagung mit zuständigen Vertretern von zwölf Provinzen der mittleren Entwicklungsstufe, in denen die neunjährige Schulpflicht noch nicht allgemein durchgesetzt ist. Während die entwickelten Provinzen das Problem bewältigt haben, steht in den nächsten drei Jahren die Realisierung der neunjährigen Schulpflicht schwerpunktmäßig in den Provinzen der mittleren Entwicklungsstufe an; danach würde dann der Schwerpunkt der Arbeit auf die armen und unterentwickelten Provinzen verlegt. Auf der Tagung bezeichnete Erziehungsminister Zhu Kaixuan die nächsten fünf bis sechs Jahre als die entscheidende Phase; die lokalen Bildungsbehörden und -ämter müßten das Schwergewicht ihrer Arbeit auf die Einführung der allgemeinen neunjährigen Schulpflicht bis zur Jahrhundertwende legen (vgl. RMRB, 22.6.95). Die Staatliche Bildungskommission habe konkrete Pläne für die Umsetzung des Projekts aufgestellt: Bis 1996 soll die neunjährige Schulpflicht in Gebieten mit 40 bis 45 Prozent der Bevölkerung eingeführt sein, bis 1998 in Gebieten mit 60 bis 65 Prozent der Bevölkerung und bis 2000 in Gebieten mit 85 Prozent der Bevölkerung. Außerdem soll bis dahin in Gebieten mit zehn Prozent der Bevölkerung, wo schwierige Lebensverhältnisse herrschen, die fünf- oder sechsjährige Schulpflicht und in besonders schwierigen Gebieten mit fünf Prozent der Bevölkerung eine einfache Grundschulbildung von drei bis vier Jahren eingeführt werden.

Die zwölf Provinzen der mittleren Entwicklungsstufe zählen zu den bevölkerungsreichsten Provinzen Chinas; in ihnen lebt die Hälfte der Gesamtbevölkerung. Im einzelnen handelt es sich um die folgenden Provinzen:

Hebei, Shanxi, Heilongjiang, Anhui, Fujian, Jiangxi, Henan, Hubei, Hunan, Hainan, Sichuan und Shaanxi.

Um die Pläne für diese Provinzen zu erfüllen, müßten in deren ländlichen Gebieten 8.000 Mittelschulen der Sekundarstufe I und in deren armen Kreisen 20.000 Grundschulen gebaut werden. Deshalb forderte der Minister die Lokalregierungen auf, verstärkt in das Schulwesen zu investieren und ihre Finanzmittel vorrangig für die Realisierung der neunjährigen Schulpflicht zu verwenden. Auch die Zentrale werde dafür zusätzliche Mittel bereitstellen, um insbesondere die unterentwickelten Gebiete beim Auf- und Ausbau des Schulwesens zu unterstützen. In diesem Jahr werde die Zentralregierung zusätzlich 200.000 Yuan zur Verfügung stellen, und innerhalb der nächsten drei Jahre würde sich die Summe auf 1 Milliarde Yuan pro Jahr erhöhen. Darüber hinaus wolle sie weitere Mittel aus Weltbank-Darlehen, Spenden von Auslandschinesen und der Ergänzungsabgabe für das Bildungswesen nehmen und für den Ausbau des Schulwesens in unterentwickelten Gebieten und Nationalitätsgebieten verwenden (s. ebd. und RMRB, 27.6.95).

Zhu Kaixuan kündete ferner an, daß sich die Regierung verstärkt um einige bei der Einführung der allgemeinen Schulpflicht neu aufgetauchte Probleme kümmern wolle. Er nannte insbesondere die Verbesserung des Systems der Schülerstipendien, das Problem, daß in manchen Mittelschulen auf dem Lande der Unterricht auf Zweigstellen aufgeteilt ist (d.h. Mittelschulen sind auf verschiedene Dörfer aufgeteilt), und die Frage, wie in den Städten und Kleinstädten die Kinder der Wanderbevölkerung zum Schulbesuch bewegt werden können. (RMRB, 22.6.95)

Die angeführten Probleme behindern die Durchsetzung der neunjährigen Schulpflicht in großem Maße. Bedürftige Familien nehmen ihre Kinder sehr häufig aus der Schule, weil sie die hohen Schulgebühren nicht tragen können oder die Arbeitskraft ihrer Kinder benötigen. Aus diesem Grunde werden solche Kinder aus öffentlichen Mitteln unterstützt. Das Problem der Zweigstellen

erklärt sich daraus, daß aufgrund der mangelhaften Infrastruktur in unterentwickelten ländlichen Gegenden eine Mittelschule vielfach auf mehrere Dörfer aufgeteilt ist mit der Folge, daß der Schulunterricht nicht den Anforderungen genügt. Die Wanderbevölkerung schließlich lebt häufig zu einem großen Teil ohne reguläre Aufenthaltserlaubnis in den städtischen Gebieten und ist daher schwer zu kontrollieren, so daß auch die gesetzliche Schulpflicht bei ihr schlecht durchzusetzen ist. -st-

**\*(17)  
Komitee für Berufsqualifikation gegründet**

Ende Mai wurde in Beijing ein Staatliches Komitee für Standards hinsichtlich Berufseinteilung und Berufsqualifikation gegründet. Das Komitee ist ein übergreifendes Organ, in dem das Arbeitsministerium, das Staatliche Amt für technische Aufsicht, das Staatliche Statistikamt und 30 für verschiedene Berufe zuständige Abteilungen des Staatsrats vertreten sind. Seine Aufgabe besteht darin, staatliche Standards für Berufseinteilung und -qualifikation aufzustellen und diese Arbeit zu organisieren, zu leiten und zu koordinieren. Ziel ist es, innerhalb der nächsten drei Jahre eine landesweit verbindliche Klassifizierung aller Berufe mit den entsprechenden Qualifikationen zu erarbeiten, die mit den internationalen Standards kompatibel ist. Ein solches System ist erforderlich für die Entwicklung des Arbeitsmarktes, für die berufliche Bildung, Arbeitskräftebedarfsprognose und Wirtschaftsstatistik. Bis zum Jahr 2000 soll das berufliche Qualifikationssystem so weit entwickelt sein, daß nur noch qualifizierte Personen, deren berufliche Voraussetzungen durch Zeugnisse oder Diplome dokumentiert sind, eingestellt werden. Durch die Neuregelung wird auch angestrebt, daß den Qualifikationsnachweisen im Berufsbildungsbereich gleiche Bedeutung wie im akademischen Bereich beigemessen wird. (Vgl. XNA, 27.5.95 u. Xinhua, 26.5.95, nach SWB, 30.5.95)

Zertifikate waren vor der Reform in erster Linie im akademischen Bereich üblich, während man sonstige berufliche Qualifikationen am Arbeitsplatz erlangte. Erst im Laufe der achtziger Jahre hat die Wirtschaft in zunehmendem Maße Bedarf an spezialisierten Ausbildungsgängen mit Qualifikationsnachweisen angemeldet. Um diesem Bedarf und den Anforderungen des sich entwickelnden

Arbeitsmarktes nachzukommen, ist es u.a. erforderlich, Berufsbezeichnungen mit entsprechenden Anforderungs- und Ausbildungsprofilen zu definieren. Dieser Aufgabe widmen sich Abteilungen verschiedener Ministerien, z.B. die Ausbildungsabteilung des Arbeitsministeriums oder die Abteilung für berufliche Positionen und Berufsbezeichnungen des Personalministeriums oder aber Abteilungen in den verschiedenen Branchenministerien. Um die Arbeit all dieser Abteilungen zu koordinieren, wurde das Komitee für Berufsqualifikation eingerichtet.

Für zahlreiche Berufe gibt es bereits einheitliche Standards. So hat z.B. das Personalministerium in diesem Jahr zum fünftenmal landesweite Prüfungen für kaufmännische Berufe wie Buchhalter, Rechnungsprüfer und Tourismusfachleute abgehalten. Diese Prüfungen werden einheitlich und gleichzeitig im ganzen Land abgehalten und sollen praktisch für alle Berufssparten eingeführt werden. Das Arbeitsministerium beispielsweise will in diesem Jahr ebenfalls Prüfungen veranstalten, und zwar für technische Arbeiter. (XNA, 19.6.95) -st-

\*(18)

### China strebt Kontrolle über Internet-Zugang an

Seitdem das China Internet im April dieses Jahres an das weltweite Informationssystem Internet angeschlossen wurde (vgl. C.a., 1995/4, Ü 21), bereitet den chinesischen Behörden das Problem der praktisch unbegrenzten Informationsmöglichkeiten für chinesische Benutzer zunehmend Sorge. Nach einer dreimonatigen Phase, während der potentielle Benutzer aufgefordert wurden, das Internet auszuprobieren, erhebt das Beijinger Telegraphenamt jetzt Gebühren für die Benutzung des Internet. Derzeit wird der Dienst nur in Beijing und Shanghai angeboten, erst Ende des Jahres werden auch andere Zentren, u.a. Guangzhou, einbezogen. Das Telegraphenamt schätzt die Zahl der Benutzer in China gegenwärtig auf 2.000, doch aufgrund der zahllosen Anfragen von Interessenten rechnen die Behörden mit einem unerwartet hohen Zuspruch. (FT, 24./25.6.95) Dies verursacht auf offizieller Seite gemischte Gefühle. Einerseits ist die Regierung darauf erpicht, sich der modernsten Informationstechnologie zu bedienen, und zwar vor allem im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung, andererseits will

man verhindern, daß der Normalbürger über das Internet an unerwünschte Informationen, z.B. politisch brisantes Material, herankommt. Schließlich werden alle Medien in China durch die Partei kontrolliert. Diese Sorge der Regierung ist deutlich Äußerungen des Ministers für Post und Telekommunikation zu entnehmen, der kürzlich auf einer Pressekonferenz zu verstehen gab, daß die Benutzung des Internet nicht den freien Informationsfluß nach China hinein bedeute. Als "souveräner Staat" müsse China die Kontrolle über die Informationen verstärken. (XNA, 22.6.95) Wie die chinesische Regierung dies bewerkstelligen will, sagte der Minister allerdings nicht; er fügte nur hinzu, daß man sich der Komplexität der Technologie, die beim Internet verwendet würde, bewußt sei.

Nach dem Urteil von Fachleuten ist es praktisch unmöglich, Internet-Benutzer zu kontrollieren. Hat jemand Zugang zum Internet, gibt es keine Möglichkeit, seine Aktivitäten im Netz zu überwachen. Dennoch soll ein Ingenieur des Beijinger Telegraphenamts erklärt haben, man werde gewisse Kategorien von Daten wie z.B. Nachrichten herausfiltern, ohne jedoch Einzelheiten mitzuteilen. Ausländische Experten bezweifeln denn auch, daß China die technischen Möglichkeiten dazu hat. (FT, a.a.O.) So ist anzunehmen, daß der Zugang zum Internet zunächst über die Gebühren eingeschränkt wird. Sie liegen bei 600 Yuan für 40 Benutzerstunden pro Monat oder bei 100 Yuan für 6 Benutzerstunden pro Monat, was für die meisten Chinesen zu teuer ist. Eine weitere Beschränkung stellt die Sprachbarriere dar, denn die meisten Informationen im Internet sind auf Englisch. Angesichts ständig zunehmender Englischkenntnisse im Geschäftsleben und in der Wissenschaft dürfte die Sprache aber nicht mehr allzulange ein Hindernis sein. (Ebd.)

Neben den hohen Gebühren und der Sprachbarriere gibt es noch eine ganze Reihe weiterer Barrieren, die zur Zeit den Zugang zum Internet beschränken. Hier sind vor allem technische Schwierigkeiten zu nennen, wie z.B. Inkompatibilität der Hardware- und Softwaresysteme, das unzureichende Telefonleitungsnetz, häufiger Stromausfall sowie fehlende Klimaanlage und Heizungen in Computerräumen, so daß die Geräte Schaden nehmen. Zu erwähnen sind ferner Engpässe bei der Anbindung ans Internet, so daß sich in Spitzenzeiten die Übertragung verlangsamt und sogar

Daten verlorengehen können. Zu bedenken sind auch institutionelle Barrieren aufgrund von Wettbewerb und Eifersüchteleien zwischen einzelnen Institutionen, die verhindern, daß Benutzer einer Institution an die Daten einer anderen herankommen. Nicht zuletzt sind der Verbreitung des Internet-Verkehrs durch mangelndes Know-how bei den meisten Wissenschaftlern und anderen potentiellen Benutzern Grenzen gesetzt. Wie im Westen beherrschen auch in China Computerfachleute und Ingenieure das Feld. Andere Wissenschaftler dürften Schwierigkeiten haben, sich die Technologie anzueignen. (Vgl. Jeff Smith, "The Internet and Scholarly Communication in China", in: *China Exchange News*, 22/4, Winter 1994, S.36-39.) Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sollten daher noch nicht allzu hohe Erwartungen an den Internet-Verkehr in und mit China gestellt werden. Bislang verfügen im wesentlichen Institutionen im naturwissenschaftlich-technischen Bereich über Internet-Anschluß.

Ganz anders sieht es in Taiwan aus. Binnen eines knappen Jahres hat sich Taiwan in der Region zum größten Internet-Benutzer entwickelt. Dort ist es inzwischen zu einem Statussymbol geworden, "on-link" zu sein. Der Internet-Verkehr auf Taiwan soll etwa den gleichen Umfang wie in Japan haben, wo bislang noch eine merkwürdige Zurückhaltung in bezug auf das Internet herrscht. Täglich sollen in Taiwan schätzungsweise 50.000 Menschen ins Internet gehen, und damit soll es unter den Benutzerländern an neunter Stelle stehen. Die Zahl der Internet-Benutzer auf Taiwan schnellte in die Höhe, nachdem im September 1994 der erste kommerzielle Anbieter für Internet-Zugang, Transend, seine Tätigkeit aufnahm. Zuvor gab es nur das Internet-System der Regierung, die sich aufgrund der großen Nachfrage (10.000 Bewerbungen pro Monat) gezwungen sah, privaten Benutzern den Zugang zu verwehren. (Vgl. SCMP /Asia Magazine, 2.6.95, S.7.) -st-

---

## Außenwirtschaft

---

\*(19)

### Japan als Vorbild für multinationale Unternehmen

Multinationale Unternehmen in Japan, die "sogoshosha", sind das Vorbild für viele große Unternehmen in der VR